

20. Jahrgang 2019, Heft 4

OST-WEST

Europäische Perspektiven

EIN LAND IN UMBRÜCHEN

Ukraine – Fünf Jahre nach dem Majdan

Anmerkungen zum
innerorthodoxen Streit

Reportage

Interviews

renovabis | zdk | verlag friedrich pustet

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Pfarrer Dr. Christian Hartl, Hauptgeschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising, Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11 info@renovabis.de · www.renovabis.de

und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn, Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44 info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Dr. Markus Ingenlath, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44 owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 € Jahresabonnement 19,80 € (jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten; die Kündigung eines Abonnements ist bis sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums (nur schriftlich) möglich, ansonsten verlängert sich dieses um ein weiteres Jahr.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Verlag Friedrich Pustet Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330 verlag@pustet.de · bestellung@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089
ISBN 978-3-7917-3067-7

Inhaltsverzeichnis

Das Umschlagbild zeigt die aus dem 11. Jahrhundert stammende, im 18. Jahrhundert neugestaltete Sophienkathedrale in Kiew. Heute ist sie ein staatliches Museum und wird nur gelegentlich für kirchliche Zwecke genutzt. (Foto: © Thomas Bremer). – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Katrin Boeckh

Staatlichkeit, Pluralität und die Autokephalie der Orthodoxie in der Ukraine.

Historische Implikationen 242

Interview

„Die Existenz der Ukraine ist eine Gefahr für Russland“. Ein Gespräch mit Oksana Syroid 250

Thomas Bremer

Der innerorthodoxe Streit in der Ukraine 252

Lidija Losowa und Darja Morosowa

Zwischen zwei kanonischen Kirchen – Gläubige auf der Suche nach einem Miteinander im Alltag 260

Anatolii Babynskyi

Nach dem Tomos. Überlegungen aus griechisch-katholischer Sicht 268

Andrij Baumeister

Die ukrainische kirchliche Autokephalie: Verzweiflung, Hoffnungen und Perspektiven 274

Interview

„Wo der Mensch den Krieg zu lieben beginnt, wird er zur Geisel des Krieges.“ Ein Gespräch mit Andrij Selinskyj SJ 281

Reportage

Michael Albus

Die Ukraine fünf Jahre nach dem Majdan. Ein Land im Frieden? 284

Interviews

„Eine sichere Prognose gibt es nicht.“ Ein Gespräch mit Pablo Mateu 293

„Die Zukunft ist ungewiss. Wir wissen nicht, wohin es gehen wird.“ Ein Gespräch mit Andrij Waskowycz 296

„Wasser ist Leben.“ Ein Gespräch mit Valentyn Bebik 303

Editorial

Als wir vor genau fünf Jahren ein Heft zur Ukraine erstellt haben, war nicht abzusehen, wie sich der damals noch recht junge Konflikt entwickeln würde. Inzwischen steht die Ukraine wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit – absurderweise nicht wegen der nach wie vor kritischen Situation im Lande, sondern wegen des Versuchs des amerikanischen Präsidenten, diese schwierige Lage für seinen eigenen Interessen auszunutzen. Dabei ist die Krim immer noch von Russland annektiert, und auch die russische Unterstützung für die separatistischen Regimes im Osten des Landes dauert an. Die Situation ist also durchaus noch nicht beruhigt; vielmehr verlieren weiterhin wöchentlich Menschen ihr Leben.

Im Jahr 2018 haben zwei wichtige innenpolitische Ereignisse stattgefunden: Der bisherige Präsident Poroschenko wurde abgewählt, und der politisch bisher unbekannte Schauspieler Wolodymyr Selenskyj wurde sein Nachfolger. Die Unzufriedenheit mit der grassierenden Korruption und der anhaltenden Kriegssituation hat wohl entscheidend dazu beigetragen, dass Selenskyj drei Viertel der Wählerstimmen errang. Das andere Ereignis ist die Gründung einer neuen orthodoxen Kirche, der vom Ökumenischen Patriarchen die Autokephalie, also die kirchliche Unabhängigkeit, gewährt wurde. Das geschah gegen den Willen der russischen Kirche, die beansprucht, alleine für die Ukraine zuständig zu sein, und führte zu einer anhaltenden Krise der Weltorthodoxie.

Im vorliegenden Heft wollen wir diese beiden Ereignisse besonders beleuchten. Eine Reportage und mehrere Interviews verbinden die aktuelle Lage mit Bemühungen vor allem katholischer Organisationen, sie zu mildern. Und Hintergrundberichte zu den innerorthodoxen Spaltungen versuchen, diese äußerst schwierige und komplexe Gemengelage zu erklären; dazu kommen Einschätzungen von Gläubigen der verschiedenen Kirchen im Lande. Wir hoffen, damit ein wenig zu größerer Klarheit beizutragen.

Die Redaktion

Staatlichkeit, Pluralität und die Autokephalie der Orthodoxie in der Ukraine

Historische Implikationen

Prof. Dr. Katrin Boeckh ist Historikerin am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg und Außerplanmäßige Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der LMU München.

Historische Prägungen beeinflussen noch immer politische und kirchenpolitische Ereignisse in der Ukraine. Der Beitrag zeigt, wie sich die Erfahrungen der Ukrainer mit den Wirkungen der Imperien, mit Revolutionen und mit kirchlicher Pluralität auf jenen Prozess auswirkten, der 2018 zur Proklamation der Autokephalie der Orthodoxie in der Ukraine und zu ihrer Bestätigung durch das Ökumenische Patriarchat 2019 führte.

Die kirchliche Situation in der Ukraine war 2018/19 geprägt von der Autokephalieerklärung¹ der vereinigten orthodoxen Kirche. Sie hatte auch einen nicht geringen Stellenwert im Präsidentschaftswahlkampf 2019 und spielt somit gleichfalls im politischen Bereich eine Rolle. Weiter Bedeutung haben die militärischen Vorgänge in den östlichen Regionen, wo sich unter massiver Moskauer Beeinflussung zwei „Volksrepubliken“ von der Ukraine abspalteten, sowie auf der Krim, die 2014 von Russland völkerrechtswidrig annektiert wurde. Einen Aspekt, der beide Szenarien verbindet, stellt die Frage der nationalen Identität dar, die sich sowohl in der kirchlichen Auseinandersetzung als auch im von Moskau ausgelösten „hybriden Krieg“ widerspiegelt. Gleichzeitig sind beide Entwicklungen nicht zu lösen von Implikationen, die sich aus historischen Hintergründen herleiten lassen.

Die folgende Darstellung hebt Charakteristika der aktuellen ukrainischen Entwicklungen heraus, deren Bezugspunkt Russland sein wird.

1 Vgl. dazu besonders den Beitrag von Thomas Bremer in diesem Heft (unten S. 252-259).
– „Autokephalie“ bedeutet im orthodoxen Kontext „Selbstständigkeit“.

Ausgehend von den geschichtlichen Erfahrungen, denen die Ukraine im 20. Jahrhundert unterworfen war, wird das Verhältnis zwischen Staat und Kirche bis in die Gegenwart beleuchtet.

Historische Erfahrungen der Ukraine(r)

Imperiale Erfahrungen

Die historische Landkarte zeigt, dass die Ukraine als flächenmäßig größter Staat in Europa nach Russland mitten zwischen westlichen und östlichen Mächten liegt und somit eine Reihe von Imperien auf das Land eingewirkt haben: „Prä-nationale“ ukrainische Gebiete gehörten ab dem 14. Jahrhundert zum polnisch-litauischen Großreich, ab dem 17. Jahrhundert zum Russischen Reich, ab dem 18. Jahrhundert zum Habsburger Reich und ab 1922 zur Sowjetunion. Dass die Ukraine erst 1991 ein *de iure* und *de facto* unabhängiger Nationalstaat wurde, hängt mit dem Ersten Weltkrieg zusammen. Dieser bildete einen Dreh- und Angelpunkt der ukrainischen Geschichte, denn er hatte für die Ukraine andere Konsequenzen als für weitere Staaten im östlichen Europa. Nach dem Ende der Imperien in Osteuropa – dem Russischen, dem Habsburger und dem Osmanischen Reich – gelang es nämlich einer Reihe von Staaten, sich politisch (wieder) zu emanzipieren, etwa Polen, der Tschechoslowakei, den baltischen Staaten und Jugoslawien. Ein ukrainischer Staat schaffte es aber nicht auf die europäische Landkarte. Zwar gab es zwischen 1917 und 1921 eine kurzlebige ukrainische Staatlichkeit, die sich jedoch nicht durchsetzen konnte, weil sie zuerst noch von den Mittelmächten, besonders vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, abhängig war und nach deren Rückzug den Bolschewiken militärisch nicht Stand hielt.

Die Ukraine wurde somit Teil des ersten sozialistischen Staates der Welt, der 1922 gegründeten UdSSR. Auch sie reiht sich ein in die Imperien, aus denen die Ukraine historische Erfahrungen schöpfte und die bis zur ihrer Auflösung 1991 das Schicksal der Ukraine prägte. Die Folgeschäden, die sie nach über 70 Jahren verursachte, resultierten aus der kommunistischen Planwirtschaft, dem Einparteienstaat, der Unterdrückung jeglicher Opposition und der Unterordnung unter das Moskauer Diktat. Aber man darf auch nicht verschweigen, dass auch Ukrainer regimekonform agierten und die sowjetische Herrschaft ebenfalls mittrugen. Russland nahm innerhalb des staatlichen Gefüges die Position als *primus inter pares* ein, die Ukraine folgte gleich dahinter.

Während der sowjetischen Zeit kam es zu einer Reihe von Katastrophen und tragischen Ereignissen, die die soziopolitische und -ökonomische Lage der Sowjetrepublik massiv beeinträchtigten. Noch heftiger als der Erste Weltkrieg zog der sich anschließende Bürgerkrieg bis 1922/23 die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft. An seinem Ende stand der Sieg der Bolschewiken. Die Stalinschen Säuberungen in den 1930er Jahren kosteten das Leben eines großen Teils der ukrainischen Eliten. Der Zweite Weltkrieg fand wie der Erste einen Hauptschauplatz in der

Während der sowjetischen Zeit kam es in der Ukraine zu einer Reihe von Katastrophen und tragischen Ereignissen, die die soziopolitische und -ökonomische Lage der Sowjetrepublik massiv beeinträchtigten.

Ukraine. Dazwischen reihten sich mehrere Hungersnöte: zuerst 1921/22, dann der Holodomor 1932/33² und dann wieder 1946/47. Und schließlich spielte sich 1986 in der Ukraine die technische Katastrophe ab, die das Ende der sowjetischen Herrschaft maßgeblich vorantrieb, nämlich die

Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Das alles kostete Millionen von Menschenleben, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Teilen der UdSSR. Gleichzeitig sind diese Katastrophen Teil des historischen Gedächtnisses der Bevölkerung in der Ukraine.

Revolutionäre Erfahrungen

Ohne hier den Begriff „Revolution“ zu problematisieren, wird er für die Ukraine in den letzten Jahrzehnten immerhin in drei Fällen angewandt: Neben der Oktoberrevolution 1917, die freilich nicht in Kiew, sondern in Petrograd stattfand, sich dann aber auch in der Ukraine durchsetzte, war 2004/05 die Orangene Revolution der erste Versuch, den postsowjetischen Schlendrian zu brechen und verfassungsmäßig garantierte Rechte durchzusetzen, und danach die Erhebung von 2013/14, der Euromajdan, die so genannte „Revolution der Würde“, die das Land auf einen westlichen Weg setzen wollte. Die Begründung für diese durchaus beträchtliche Anhäufung von politischen Umstürzen liegt in der ukrainischen Gesellschaft: In der Orangen Revolution sorgte Massenprotest für die Einsetzung des rechtmäßig gewählten Präsidenten Juschtschenko. Jene, die auf die Straßen gingen, bekamen hier die Bestätigung, tatsächlich etwas bewegen zu können. Das Vertrauen in die eigene Kraft

² Vgl. dazu die Erläuterungen von Friedrich Asschenfeldt in OST-WEST. Europäische Perspektiven 18 (2017), H. 4, S. 259.

trug 2013/14 den Euromajdan, eine echte Volksrevolte mit einer breiten Bürgerbeteiligung. In beiden Fällen wurde also die Zivilgesellschaft aktiv, was den entscheidenden Unterschied zur Leninschen Oktoberrevolution, dem Coup d'état einer Minderheit, ausmacht.

Für die Existenz einer in der Ukraine aktiven Bürgergesellschaft, die vergleichsweise so im benachbarten Russland nicht agieren kann, gibt es eine Reihe von Gründen. Aus der historischen Perspektive ist hier eine größere Pluralität in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens anzuführen. Aufgrund der genannten im-

perialen Vergangenheiten zeigt sich dies an der großen ethnischen Diversität der Bewohner: Neben ethnischen Ukrainern und Russen gibt es viele Minderheiten wie Rumänen/

Moldauer, Weißrussen, Krimtataren, Bulgaren, Polen, Juden, Armenier, Slowaken und andere, und entsprechend hoch ist die Mehrsprachigkeit (Ukrainisch, Russisch, die nicht kodifizierte Sprache Suržyk uvm.).³ Dies und weitere Aspekte wie Medienfreiheit und Ähnliches tragen zu einer lebendigeren politischen Diskussion bei, sodass sich in der Ukraine ein größeres Meinungsspektrum findet und damit insgesamt das demokratische Verständnis gesellschaftlich tiefer verankert ist als in Russland. Darauf weist auch hin, dass in der Ukraine zwischen 1991 und 2019 immerhin sechs verschiedene Männer zum Staatspräsidenten gewählt wurden (nicht gezählt: der 2014 kommissarisch eingesetzte Präsident Turtšynow), während in Russland bisher nur zwei wirkten, in Belarus gar nur einer.

Das Vertrauen in die eigene Kraft trug 2013/14 den Euromajdan, eine echte Volksrevolte mit einer breiten Bürgerbeteiligung.

Religiöse und kirchliche Pluralität

In diesen Pluralismus gehört auch die historisch gewachsene kirchliche und religiöse Vielfalt. Laut der jährlichen staatlichen Erhebung waren 2017 insgesamt 97 kirchliche Gemeinschaften registriert (neben traditionellen Kirchen auch neue evangelikale und neo-pagane Gemeinschaften). Dazu kommt, dass in der Ukraine die Religiosität allgemein hoch ist: Einer repräsentativen Umfrage des soziologischen Razumkov-Zentrums in Kiew zufolge erklärten sich 2017 von den 44 Millionen Bürgern

3 Zur Mischsprache „Suržyk“ (Begriff und Bedeutung) vgl. Anja Lange: „Ich spreche nicht die Sprache der Okkupanten!“ Zur Sprachenfrage in der Ukraine. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 15 (2014), H. 4., S. 299-303, bes. S. 302.

in der Ukraine etwa 80 Prozent für religiös.⁴ Von diesen bekannten sich 68 Prozent als orthodox, knapp 8 Prozent als griechisch-katholisch, 1,3 Prozent als Juden, 1 Prozent als römische Katholiken, 0,8 Prozent als Protestanten und 0,2 Prozent als Muslime. Weitere 7 Prozent identifizieren sich „einfach als Christen“, 12,6 Prozent erklärten, sie gehörten zu keiner religiösen Gruppierung. Die größte Kirche ist demnach die orthodoxe Kirche. Vor der Autokephalieerklärung gehörten ihr 26,5 Prozent der (in den 1990er Jahren entstandenen, nicht kanonischen) Ukrainischen Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchats an, 12 Prozent der Ukrainischen Orthodoxen Kirche unter Moskauer Jurisdiktion, 3,5 Prozent der Russischen Orthodoxen Kirche und „anderen orthodoxen Gruppen“, 1,1 Prozent der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (nicht kanonisch). 24,3 Prozent hielten sich für allgemein „orthodox gläubig“ und 0,8 Prozent für „unentschlossen“. Mit der hohen Religiosität hebt sich die Ukraine von den anderen Ländern in Osteuropa ab. Es erstaunt, dass sich nur drei Jahrzehnte nach dem Ende des kommunistischen Atheismus über zwei Drittel der Ukrainer zu einer religiösen Überzeugung bekennen – dabei leiden die Kirchen im ganzen post-sowjetischen Raum noch immer an den Folgen der sowjetischen Repressionen.

In ihrer prinzipiellen Ablehnung der Religion unterwarfen die Bolschewiken Gläubige, Kirchen und Religionsgemeinschaften jeder Richtung ab 1917 staatlicher Kontrolle und Verfolgung. Die Orthodoxie, die größte Kirche im Russischen Reich, war das erste Opfer, das als Stütze der Zarenherrschaft und als „Instrument des Klassenfeindes“ betrachtet wurde. Das von Lenin 1918 verfasste Dekret über die Trennung von Kirche und Staat war das erste einer Reihe von Verordnungen, die das religiöse Leben strikt begrenzten und vermeintliche und tatsächliche Überschreitung unter Strafe stellten.

Dem Schlag gegen die kirchliche Struktur folgte der Angriff auf die Hierarchie. Allein bis 1920 wurden mindestens 28 Bischöfe ermordet, Kirchenangehörige – ihre Zahlen gehen in die Tausende – wurden in Zwangsarbeitslager eingewiesen. Diese Vorgänge betrafen auch die orthodoxen Gemeinden in der Ukraine. Hier hatte sich die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche auf dem 1921 in Kiew einberufenen (nicht kanonischen) Kirchenkonzil konstituiert. Obwohl ihr die Russi-

4 Ukraine. International Religious Freedom Report 2017, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper> (letzter Zugriff: 30.04.2019).